



LANDTAGSWAHL 2013

Wem geben Sie Ihre Stimme?

Einer alte Gepflogenheit folgend, lässt der NIEDERSÄCHSISCHE JÄGER vor den Landtagswahlen die im Landesparlament vertretenen Parteien sowie die Piraten-Partei zu Wort kommen. Wir wollen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, damit eine Hilfestellung bei Ihrer Wahlentscheidung geben.

••



Im Vorfeld der am 20. Januar in Niedersachsen anstehenden Landtagswahlen haben wir die derzeit im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“, CDU, „DIE LINKEN“, FDP und SPD sowie die „Piraten“ gebeten, ihre jagdpolitischen Vorstellungen anhand einiger Fragen darzulegen. Die Antworten drucken wir in der Reihenfolge des Eingangs ab.

Unsere Fragen

Frage 1: Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Jagdwesen in der Bundesrepublik Deutschland mit seinen Grundpfei-

Wie geht es nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte mit unserem Jagdwesen mit der Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden, der Pflichtmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften, dem Reviersystem und der Hegepflicht weiter?



Foto: Karl-Heinz Volkmar

lern Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden, Pflichtmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften, Reviersystem und Hegepflicht?

Frage 2: Das Niedersächsische Jagdgesetz (NJagdG) in der derzeit geltenden Fassung hat sich bewährt. Sehen Sie dennoch Handlungsbedarf für eine Änderung des NJagdG einschließlich des Kataloges der jagdbaren Arten und der Jagdzeiten-VO?

Frage 3: Wie stehen Sie zur Jagd in Schutzgebieten, insbesondere zur Ausübung der Fangjagd als Maßnahme zum Artenschutz?

Frage 4: Wie steht Ihre Partei zu einer landesweiten Einführung

a) einer Steuer für den Besitz legaler Waffen? Wenn ja, in welcher Höhe?

b) einer Gebühr für die regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit und Kontrolle der sicheren Aufbewahrung?

Frage 5: Über den illegalen Waffenbesitz wird kaum gesprochen. Dennoch sind sich alle Fachleute einig, dass diese Waffen eine wesentlich größere Gefahr für die innere Sicherheit darstellen als die legalen. Was gedenkt Ihre Partei zur Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes zu tun?

Frage 6: Wie steht Ihre Partei vor dem Hintergrund der vielfältigen Leistungen der Jägerschaft für die Allgemeinheit zur landesweiten Abschaffung der Jagdsteuer?

Frage 7: In vielen Regionen Niedersachsens ergreifen Jäger Maßnahmen zur Förderung der Artenvielfalt. Wo sieht Ihre Partei Möglichkeiten, dieses Engagement zu unterstützen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Frage 1: Die Jagd muss nach unserer Auffassung grundsätzlich folgende Bedingungen erfüllen:

Die erlegten Tiere müssen dem menschlichen Verzehr dienen.

Sie muss auf Arten beschränkt sein, die in ihrem Bestand nicht gefährdet sind.

Sie muss tiergerecht und in einer Weise ausgeübt werden, die es vermeidet, besonders geschützte Arten in ihren Lebensräumen erheblich zu beeinträchtigen. Darüber hinaus kann die Jagd in Einzelfällen auch zur Abwehr

erheblicher ökonomischer und zum Teil auch ökologischer Schäden erforderlich und geboten sein.

Die Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden halten wir für richtig. Diese Bindung steht allerdings im Widerspruch zu einer Pflichtmitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft. Aus der Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden muss sich folgerichtig auch das Recht des jeweiligen Grundeigentümers ergeben, auf seinen Flächen keine Jagd zuzulassen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vom Sommer 2012 ist in einem Rechtsstaat anzuerkennen und zu berücksichtigen. Die Hegepflicht nach § 3 des Niedersächsischen Jagdgesetzes halten wir für grundsätzlich richtig.

Zu Frage 2: Reformbedarf sehen wir u. a. hinsichtlich der Anpassung an das bereits genannte Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, das die Pflichtmitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft unseres Erachtens ausschließt. Der Katalog der jagdbaren Arten muss unseres Erachtens deutlich reduziert werden. Beispielsweise sollten alle Arten gestrichen werden, für die aufgrund ihrer Bestandssituation eine ganzjährige Schonzeit vorgesehen ist. Auch Singvögel gehören grundsätzlich nicht in die Liste der jagdbaren Arten. Die Jagdzeitenverordnung muss dahingehend überprüft werden, ob sie tatsächlich sicherstellt, dass keine Junge führenden oder brütenden Tiere erlegt werden.

Zu Frage 3: Die Jagd in Schutzgebieten ist differenziert zu betrachten. Sofern keine gefährdeten oder wandernden Arten mittelbar oder unmittelbar beeinträchtigt werden, halten wir die Jagd auch in Schutzgebieten für grundsätzlich möglich. Eine Beeinträchtigung wandernder oder gefährdeter Arten liegt jedoch auch dann vor, wenn beispielsweise rastende oder überwintrende Gänse innerhalb von Schutzgebieten aufgrund der Jagdausübung gestört werden.

In Konfliktfällen muss die Jagd daher entweder auf Zeiten beschränkt werden, in denen diese mittelbare Beeinträchtigung nicht besteht oder es ist von der im Jagdgesetz bereits bestehenden Möglichkeit Gebrauch zu -->





Foto: Stefan Meyers

Sollen Wildtierarten, für die eine ganzjährige Schonzeit verfügt wurde, aus dem Katalog der jagdbaren Arten gestrichen werden?

machen, ein Schutzgebiet insgesamt zu einem befriedeten Bezirk zu erklären. In einigen Fällen kann die Jagd auch aus Gründen des Natur- und Artenschutzes angeraten sein – etwa wenn nachtaktive Säugetiere den Brutерfolg einer Wiesenvogelpopulation nachhaltig gefährden.

Zu Frage 4: Eine Gebühr für die regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit und für die Kontrolle der sicheren Aufbewahrung halten wir für erforderlich, da diese Aufgaben für die Kommunen mit einem entsprechenden Aufwand verbunden sind, der ohne eine solche Gebühr auch von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu tragen wäre, die nicht im Besitz einer Waffe sind. Auch im Autoverkehr zahlt der Besitzer des Autos die Kontrolle (TÜV) selbst und nicht die Allgemeinheit.

Zu Frage 5: Illegaler Waffenbesitz muss durch ordnungsbehördliche und polizeiliche Maßnahmen bekämpft werden. Da oft auch legale Waffen durch Diebstahl, Verlust oder Verkauf zu illegalen Waffen werden, ist auch die Zahl der legalen Waffen für dieses Ziel zu reduzieren.

Zu Frage 6: Wir wollen die Möglichkeit der Kommunen, eine Jagdsteuer als kommunale Aufwandssteuer zu erheben, beibehalten. Über die Höhe entscheiden die demokratisch gewählten Kommunalparlamente.

Zu Frage 7: Die Jägerschaft ist aufgrund vielfältiger Leistungen zahlreicher Jägerinnen und Jäger für den Naturschutz

als Naturschutzverband anerkannt und hat damit die Möglichkeit, sich in Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beteiligen, um hier eine anwaltliche Rolle für den Naturschutz zu übernehmen. Unter „Schwarz-Gelb“ wurden diese Beteiligungsmöglichkeiten immer weiter zusammengestrichen und die Arbeit der Umweltverbände als lästiges Planungshindernis diffamiert. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten der Naturschutzverbände stärken.

Außerdem wollen wir durch eine Um- schichtung bei den Agrarsubventionen

die biologische Vielfalt in Niedersachsen (Feldgehölze, Ackerrandstreifen, Biotope) gezielt und besser fördern.

FDP

Zu Frage 1: Die FDP steht zu dem derzeitigen Jagdwesen in der Bundesrepublik und möchte es auch so erhalten. Auch an den beschriebenen Grundpfeilern möchte die FDP nichts verändern. **Zu Frage 2:** Da die FDP der Meinung ist, dass das Niedersächsische Jagdgesetz sich in der derzeitigen Fassung vollkommen bewährt hat, sind aus unserer Sicht keine Änderungen notwendig.

Zu Frage 3: Die Jagd in Schutzgebieten sollte sich unserer Meinung nach am Schutzzweck des Schutzgebietes orientieren. Da wir die besondere Leistung der Jäger im Natur- und Tierschutz sehen und anerkennen, stehen wir grundsätzlich einer Jagd – z. B. zur notwendigen Regulierung des Wildbestandes und zum Zwecke des Artenschutzes – positiv gegenüber.

Zu Frage 4a: Die FDP steht einer Einführung einer Steuer auf legale Waffen ablehnend gegenüber. In unseren Augen würde eine solche Steuer dem Schießsport als Breitensport sowie der ordnungsgemäßen Jagdausübung entgegenstehen. Wir brauchen die Jäger sowohl zum Natur- und Artenschutz als auch zur Regulierung von Überpopulationen verschiedener Tierarten, was auch Teil des Artenschutzes ist.

Zu Frage 4b: Aus denselben Gründen lehnen wir auch eine Gebühr für die regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit und die Kontrolle der sicheren Aufbewahrung ab. Jäger haben das Ei-



Geht es nach dem Willen der Partei „DIE LINKEN“, dürften Jagd- und Sportwaffen sowie die dazugehörige Munition nicht mehr in der Wohnung aufbewahrt, sondern müssten in entsprechend gesicherten Arsenalen von Organisationen und Vereinen gelagert werden.



geninteresse der Zuverlässigkeit!

Zu Frage 5: Es gibt bereits heute viele Regeln und Gesetze, die den Umgang mit Waffen, den Waffenbesitz und das Eigentum an Waffen regeln. Die FDP plädiert



für eine konsequente Umsetzung dieser Regeln und Gesetze, welche unserer Meinung nach vollkommen ausreichend sind.

Zu Frage 6: Die FDP fordert seit vielen Jahren die Abschaffung der Jagdsteuer. Das ist z. B. dadurch schon gerechtfertigt, dass sich der Jäger um die Bergung und Entsorgung von Fallwild kümmert.

Zu Frage 7: Auch in unseren Augen ist der Jäger der verlässliche große Partner der Naturschutzarbeit in Niedersachsen. Diese tolle Arbeit muss unserer Meinung nach stärker honoriert wer-

den, weswegen wir uns dafür einsetzen, dass das Expertenwissen der Jäger viel stärker bei naturschutzfachlichen Belangen und bei Modulationsmaßnahmen hinzugezogen werden soll. Wir wollen die Eigenverantwortung der Jäger stärken, da sie viel besser wissen, was zu tun ist, als der Staat.

SPD

Zu Frage 1: Das System hat sich bewährt, weil es die bisherigen Eigentumsrechte und eine flächendeckende Bejagung und Hege sicherstellt.

Zu Frage 2: Das neue EU-Richterrecht muss wegen der Praktikabilität durch eine bundesweite Regelung umgesetzt werden. Bei Bejagungen besonderer Art, z. B. Reduzierung

von zu Schaden gehenden Schwarzwildbeständen, ist eine flächendeckende Bejagung sinnvoll. Das gilt auch für die Reduktion zu hoher Rot- und Damwildbestände – es gilt, die bestehenden Abschusspläne einzuhalten. Die Bejagung des männlichen Rehwilds in den Forsten sollte zur Erreichung angepasster Bestände bei Drückjagden ausgeweitet werden. Die Jagd muss ihren Anteil dazu leisten, das Ziel eines gesunden und multifunktionalen Waldes mit seinen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zu erreichen.

Zu Frage 3: In Schutzgebieten erwarten wir von der Jägerschaft eine Mitwirkung bei der gezielten Entwicklung von Flora und Fauna. Das beinhaltet auch eine Bejagung vor allem der Prädatoren, um praktischen Artenschutz zu leisten.



•• Landtagswahlen ••

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Am 20. Januar sind in Niedersachsen rund 6,1 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, über die Zusammensetzung des neuen Landtages abzustimmen. Bei der großen Zahl der Stimmberechtigten mag manch ein Wähler denken, dass es auf eine Stimme mehr oder weniger – seine Stimme – nicht ankommen mag. Das kann sich jedoch als bitterer Trugschluss erweisen. In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass manchmal nur 1000 oder noch weniger Stimmen den Ausschlag gegeben haben. Auch wenn wir im Gegensatz zu manchen anderen Ländern keine Wahlpflicht haben, sollte es Ehrensache eines jeden Bürgers sein, sein Wahlrecht wahrzunehmen, zur Wahl zu gehen und seine Stimme abzugeben. Wer sich verweigert, darf sich anschließend auch nicht über das Ergebnis beschweren.

Bei den Landtagswahlen 2008 lag die Wahlbeteiligung bei 57,1 Prozent. Mit anderen Worten: Die „Fraktion“ der Nichtwähler war die stärkste Gruppe. Bei aller Politikverdrossenheit sollte sich aber jeder Nichtwähler darüber im Klaren sein, dass er mit seiner Stimmverweigerung möglicherweise die politischen Kräfte fördert, die er gar nicht unterstützen möchte.

Ihre Entscheidung, liebe Leserinnen und Leser, wem Sie Ihre Erst- und Zweitstimme geben wollen, wird sicherlich vorrangig von existenziellen Fragen, von der Sorge um Familie und Beruf beeinflusst. Aber auch Ihre Interessen als Jäger und legaler Waffenbesitzer sollten Gewicht haben. Deshalb haben wir den im derzeitigen Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKEN sowie der Piratenpartei Fragen zugesandt. Schauen Sie sich die nebenstehend wieder-

Foto: NI



Sie, liebe Leserinnen und Leser, entscheiden durch die Abgabe Ihres Stimmzettels auch mit über die Zukunft der Jagd in Niedersachsen.

gegebenen Antworten der einzelnen Parteien sorgfältig an. Bei der Entscheidung über die Stimmenvergabe sollten Sie auch die Überlegung mit einbeziehen, wie die einzelnen Parteien in der Vergangenheit im Hinblick auf den legalen Waffenbesitz sowie die Jagd und andere Formen einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen agiert haben.

Abschließend nochmals die Bitte: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Nehmen Sie Einfluss auf die Zusammensetzung des nächsten Landtages!

Dr. Dieter Bartsch

Foto: Wildmeister Jens Krüger



Die Jäger erbringen vielfältige Leistungen für die Allgemeinheit, z. B. die Entsorgung von Wild, das dem Straßenverkehr zum Opfer gefallen ist. Jedoch lediglich die FDP setzt sich für die vorbehaltlose Abschaffung der Jagdsteuer ein.

Zu Frage 4a: Eine Landessteuer lehnen wir ab.

Zu Frage 4b: Eine generelle Waffenüberprüfungsgebühr lehnen wir ab.

Zu Frage 5: In der Vergangenheit waren Kampagnen für die freiwillige Abgabe legaler und illegaler Waffen erfolgreich. Das sollte in gewissen Abständen wiederholt werden. Die Aufdeckung illegalen Waffenbesitzes ist häufig „Beifang“ bei kriminellen Aktivitäten. Hier sind die Strafverfolgungsbehörden gefordert.

Zu Frage 6: Eine landesweite Abschaffung der Jagdsteuer, die kommunal festgelegt wird, ist nicht geplant, da es vor Ort unterschiedliche Regelungen gibt, die der Jägerschaft helfen, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Im Zuge von Fallwildentsorgungen, Landschafts- und Biotoppflege sowie Prädatorenbekämpfung durch die Jägerschaft sollte die Reduzierung und/oder der Erlass von Jagdsteuer diskutiert werden.

Zu Frage 7: Es gibt in Niedersachsen eine Reihe guter praktischer Beispiele mit Blick auf Wildackeraussaaten, Ackerrandstreifen- und Blühstreifenprogramme. Die Auflockerung der Monokulturen und Schaffung von Ruhe- und Äsungsräumen fördern die Artenvielfalt, die weit über jagdbares Wild hinausgeht. Hier ist es sinnvoll, auch im Zusammenhang mit der anstehen-

den nächsten Förderperiode der EU Mittel bereitzustellen, die zur Extensivierung von bisher intensiv genutzten Flächen führt.

CDU

Zu Frage 1: Die Jagd ist in Niedersachsen fest in der Gesellschaft verankert und ein wichtiger Bestandteil unserer Landeskultur. Die CDU steht zur Jagd und den Jägern und wirbt dafür. Wir stehen zum bewährten Reviersystem in der Jagd, da es eine flächendeckende Bejagbarkeit unserer Kulturlandschaft sichert. Nur dadurch lässt sich eine ordnungsgemäße Jagd im gesetzlichen Rahmen sicherstellen. Wir treten daher allen Bestrebungen entschieden entgegen, dieses System aufzugeben. Für uns bleibt das Jagdrecht fest mit dem Eigentumsrecht an Grund und Boden verbunden. Dazu gehört auch das System der Jagdgenossenschaften, durch das die Grundstückseigentümer ihrer Hegeverpflichtung gerecht werden können.

Zu Frage 2: Die CDU steht zum Niedersächsischen Jagdgesetz und sieht derzeit keinen Änderungs- bzw. Handlungsbedarf im bestehenden Recht.

Zu Frage 3: Für die CDU in Niedersachsen haben Umwelt- und Naturschutz ei-

nen hohen Stellenwert. Niedersachsen ist eine einzigartige Natur- und Kulturlandschaft, deren einmalige Artenvielfalt es zu schützen gilt. Die Jagd trägt zum Schutz unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt bei und hilft, eine vielfältige und artenreiche Kulturlandschaft als Lebensraum für Pflanzen und frei lebende Tiere zu bewahren. Die Jäger übernehmen im Interesse der Allgemeinheit eine besondere Verantwortung sowohl für den Natur- und Artenschutz und bei der Sicherung von waldverträglichen Wildbeständen als auch bei der Bergung toten Wildes und der Regulierung von Wildschäden.

Die Fangjagd leistet dabei einen wichtigen Beitrag zum Erhalt einer breiten Artenvielfalt. Auch zur Vermeidung von Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen ist die Bejagung des Schwarzwildes in Schutzgebieten notwendig. Wir sehen grundsätzlich keinen Widerspruch zwischen einer ordnungsgemäßen Jagdausübung und der Ausweisung von Naturschutzgebieten.

Wir wollen das Engagement der Jäger nutzen und plädieren dafür, gemeinsam mit Waldbesitzern, Grundeigentümern (Eigenjagdbesitzern und Jagdgenossenschaften) und Jägern ein Leit-





Foto: Wildmeister Jens Krüger

In vielen Regionen Niedersachsens bemühen sich Jäger, die Artenvielfalt zu fördern und damit die Folgen von großflächiger Landwirtschaft, zum Teil mit Monokulturen, zu mindern.

bild zur Jagd zum Schutz des Waldes zu erarbeiten.

Zu Frage 4a: Für die CDU in Niedersachsen steht beim Thema Waffenbesitz der verantwortungsvolle und sichere Umgang mit Waffen stets im Vordergrund jeglicher Überlegungen. Die Einführung einer Gebührenpflicht für Waffenkontrollen in Niedersachsen lehnen wir ab. Einen Antrag der grünen Landtagsfraktion zur Einführung solcher Gebühren haben wir abgelehnt.

Zu Frage 4b: Wir wenden uns ebenfalls gegen die Einführung einer Waffensteuer, da diese dem gesetzlichen Auftrag zur Jagdausübung entgegenwirken würde.

Zu Frage 5: Deutschland verfügt weltweit über eines der strengsten Waffengesetze, welches bereits mehrfach – zuletzt im Jahr 2009 – verschärft wurde. Für die CDU in Niedersachsen steht die Sicherheit der Bürger an erster Stelle. Wir haben daher die Verschärfung des Waffenrechts und ihre Umsetzung aktiv unterstützt. Neben der Errichtung eines Nationalen Waffenregisters und der konsequenten Durchführung der Aufbewahrungskontrollen wollen wir bei der Regelanfrage im Waffenrecht künftig auch den Verfassungsschutz einbeziehen. Damit verhindern wir, dass Personen aus verfassungsfeindlichem Milieu legal in den Besitz von Waffen gelangen können.

Zu Frage 6: Die CDU in Niedersachsen steht zur Jagd und den Jägern, die durch ihr Engagement einen wichtigen Beitrag für den Natur- und Artenschutz in unserem Land leisten. Die Jagdsteu- -->



Foto: Wildmeister Jens Krüger

Je nach politischer Couleure wird die Notwendigkeit einer Bejagung des Raubwildes im Interesse des Artenschutzes nach wie vor unterschiedlich bewertet.

tion künftig nur noch in entsprechend gesicherten Arsenalen von Organisationen und Vereinen aufbewahrt werden dürfen. Die Tatsache, dass in Deutschland 20-mal mehr Waffen in Privathand als bei der Polizei sind, macht die Dimension des damit verbundenen Risikos deutlich. Dieses Risiko lässt sich reduzieren, wenn Waffen dort aufbewahrt werden, wo sie gebraucht werden. Weder Sportschützen noch Jäger wollen ihre Waffe zu Hause einsetzen. Deshalb haben Waffen in Privathäusern nichts zu suchen, sondern gehören in gesicherte Arsenalen. Eine Gebühr für die regelmäßige Überprüfung und Kontrolle der sicheren Aufbewahrung ist in der Waffenbesitzsteuer schon eingerechnet.

Zu Frage 5: In den Fällen, wo Menschen Opfer von Amokläufen geworden sind, waren es immer Waffen aus legalem Besitz, die durch eine Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht der Waffenbesitzer in die Hände der Täter gelangt sind. Daher macht es nur eingeschränkt Sinn, den legalen Waffenbesitz dem illegalen gegenüber zu stellen. DIE LINKE hält die Ein-

führung eines zentralen Waffenregisters – oder entsprechender vernetzter regionaler Register – und die Einführung fälschungssicherer Waffenscheine und Waffenbesitzkarten für notwendig.

Zu Frage 6: DIE LINKE sieht durchaus, dass die Erhebung der Jagdsteuer als nicht mehr zeitgemäß beurteilt werden kann. Vor allem in Anbetracht der gesellschaftlichen Leistungen, welche von Jägerinnen und Jägern erbracht werden. Wir möchten die Entscheidung aber der jeweils zuständigen Ebene überlassen. Die Jagdsteuer soll auch weiterhin erhoben werden können, wenn eine kommunale Gebietskörperschaft das in ihrem Hoheitsbereich für sinnvoll erachtet.

Zu Frage 7: Für die Partei DIE LINKE ist die Jagd eine legitime Form der Naturnutzung. Sie ist eine gesellschaftlich notwendige und erwünschte Tätigkeit

er ist als kommunale Aufwandssteuer eine wichtige Einnahmequelle der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte, die in Teilen auch der Förderung von Jagd- und Naturschutzprojekten und damit der örtlichen Jägerschaft zugute kommt. Über die Erhebung einer Jagdsteuer entscheiden die Landkreise selbstständig. Jeder Landkreis kann von der Erhebung der Jagdsteuer absehen. Eine landesweite Abschaffung der Jagdsteuer ist daher derzeit nicht absehbar.

Zu Frage 7: Der Fortsetzung des vertrauensvollen Dialogs mit der niedersächsischen Jägerschaft sieht die CDU in Niedersachsen mit Freude entgegen.

DIE LINKE

Zu Frage 1: Das Jagdwesen soll in Deutschland an Grund und Boden gebunden bleiben. DIE LINKE setzt sich dabei besonders für die Rechte der Kleineigentümerinnen und -eigentümer ein. Grundsätzlich sollten in Deutschland durch die Eigentümer mit der Verpachtung der Fläche auch die Jagdrechte an die Landbewirtschaftler übertragen werden können. So kann eine regional verankerte Jagd zukünftig ermöglicht und Nutzungskonflikte (z. B. Wildschäden) verringert werden. DIE LINKE spricht sich für eine Pflichtmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften aus und will dabei die Rechte der Landbewirtschaftler stärken. Sie verstößt nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte allerdings gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Diese Entscheidung ist jetzt zunächst zu

analysieren. Die Ausübung der Jagd in Jagdbezirken ist nach Ansicht der LINKEN auch in Zukunft sinnvoll. Sie sollten aber zukünftig stärker auf die jeweilige Flächenbewirtschaftung (Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei) zugeschnitten sein.

Zu Frage 2: Die Jagd ist in erster Linie als Korrektiv zu fehlenden Prädatoren zu sehen. Daraus ergibt sich auch die Liste der jagdbaren Arten. Im NJagdG sollten nur noch die Arten als jagdbar eingestuft werden, deren Bestand nachweislich gesichert ist. Nichtheimische Arten sind verstärkt zu bejagen. Das entspricht dem Natur- und auch dem Tierschutzgedanken.

Zu Frage 3: In Schutzgebieten sollte dem Schutzziel entsprechend gejagt werden können. Ein Verbot der Jagd – sofern kein sicherheitsrelevanter Grund vorliegt – muss wissenschaftlich begründet werden. Naturschutzgebiete beinhalten oftmals seltene Landschaftstypen, welche nur durch eine nachhaltige Nutzung (und dazu gehört auch die Fangjagd) überhaupt erhalten werden können. Nur in Totalreservaten (z. B. in Nationalparks) sollte die Jagd entsprechend untersagt und ein Prozessschutz gewährleistet werden.

Zu Frage 4a: In unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl schlagen wir eine sogenannte Waffenbesitzsteuer in Höhe von 100 Euro pro Waffe und Jahr vor.

Zu Frage 4b: DIE LINKE wird sich im Landtag über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass Waffen und Muni-

DIE LINKE.
N I E D E R S A C H S E N

und dient dem Allgemeinwohl. Zudem kann durch die Bejagung zumindest teilweise das Fehlen natürlicher Räuber-Beute-Beziehungen ausgeglichen werden. Jägerinnen und Jäger tragen so zu gesunden Wildtierpopulationen, zur Reduktion von Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft und zur Biotopgestaltung bei. DIE LINKE unterstützt eine regional verwurzelte, möglichst störungsarme, effektive, wildtiergerechte und tierschutzkonforme Jagd. Die dazu notwendigen Gesetzesänderungen werden wir in der 17. Legislaturperiode vorschlagen.

Piratenpartei

Zu Frage 1: Zu diesem Punkt haben wir momentan noch keine Position.

Zu Frage 2: Gesetze unterliegen einem stetigen Wandel und einer Anpassung an die Realität. Wenn sich jedoch ein Gesetz bewährt hat, sehen wir keine Notwendigkeit, dies zu ändern. Warum die Jagdzeiten abgeändert werden

sollten, erschließt sich uns nicht. Jedoch sollten neue zugewanderte Tierarten dem Jagdrecht unterliegen.

Zu Frage 3: Schutzgebiete haben einen Sinn. In ihnen soll sich die Natur frei entfalten. Dazu gehört ein ausgeglichenes Jäger-Beute-Verhältnis. Wir setzen uns für Artenvielfalt in beiden Bereichen ein. Daher halten wir die

Ausübung von Jagd durch Menschen für wenig sinnvoll. Stattdessen soll zum Erreichen des Artenschutzes die natürliche Relation zwischen Jagd- und Beutetieren insbesondere in Schutzgebieten durch eine Erhöhung der Jagdtiere erreicht werden.

Zu Frage 4a: Nein. Diese häufig diskutierte Steuer wurde vermutlich einzig dazu erdacht, den Schießsport derart zu verteuern, bis die Legalwaffenbesitzer freiwillig den Sport und damit die Waffen aufgeben. Ein Nutzen für die Sicherheit ist von einer solchen Steuer nicht

zu erwarten, weil Legalwaffenbesitzer in der Kriminalstatistik eine vernachlässigbare Rolle spielen. Deshalb halten wir eine landesweite Steuer für nicht zweckdienlich.

Zu Frage 4b: Zu diesem Punkt haben wir momentan noch keine Position.



**PIRATENPARTEI
NIEDERSACHSEN**

Zu Frage 5: Eine Möglichkeit könnten freiwillige Abgabeaktionen ohne strafrechtliche Sanktionierung sein.

Zu Frage 6: Wir setzen uns für ein einfaches, leicht verständliches Steuersystem ein. Dabei legen wir Wert darauf, dass die Steuer eine Wirkung im zugrunde liegenden Bereich erzielt und/oder auch denjenigen zugute kommt, die sie entrichten. Die Jagdsteuer sollte daher zweckgebunden für Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes verwendet werden.

Zu Frage 7: Zu diesem Punkt haben wir momentan noch keine Position. ●●